Juristische Kurz-Lehrbücher

Verwaltungsprozessrecht

Ein Studienbuch

Bearbeitet von
Begründet von Prof. Dr. Thomas Würtenberger, Fortgeführt von Prof. Dr. Dirk Heckmann

4. Auflage 2018. Buch. Rund 380 S. Kartoniert
ISBN 978 3 406 72634 7
Format (B x L): 16,0 x 24,0 cm

Recht > Öffentliches Recht > Verwaltungsrecht > Verwaltungsverfahren, Verwaltungsprozess

Zu Leseprobe und Sachverzeichnis

schnell und portofrei erhältlich bei

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

Kurzlehrbücher
für das juristische Studium

Würtenberger/Heckmann
Verwaltungsprozessrecht

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Verwaltungsprozessrecht

Ein Studienbuch

von

Dr. Thomas Würtenberger

Professor an der Universität Freiburg

und

Dr. Dirk Heckmann

Professor an der Universität Passau
Mitglied des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

4., neu bearbeitete Auflage, 2018

C.H.BECK

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 72634 7

© 2018 Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck und Bindung: Druckhaus Nomos
In den Lissen 12, 76547 Sinzheim

Satz: Jung Crossmedia Publishing GmbH
Gewerbestraße 17, 35633 Lahnau

Umschlaggestaltung: Martina Busch, Grafikdesign, Homburg Saar

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Manchmal muss eine Danksagung einfach am Anfang stehen: Ich freue mich sehr, dass mein akademischer Lehrer und freundschaftlich verbundener Mentor Thomas Würtenberger mir die Ehre zuteil werden lässt, sein wunderbares Werk zum Verwaltungsprozessrecht übernehmen zu dürfen. Es ist mir eine große Ehre, Freude und Ansporn, dieses Lehrbuch in seinem Sinne ab dieser Auflage fortzuführen.

In der vorliegenden umfangreich aktualisierten Neuauflage wurden alle relevanten Gesetzesänderungen ebenso wie neue Rechtsprechung und Literatur berücksichtigt, die sich seit der letzten Auflage im Bereich des Verwaltungsprozessrechts ergeben haben. So haben – neben vielen anderen – Änderungen der VwGO jene durch das Gesetz zur Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs mit Gerichten vom 10.10.2013 (BGBl. 2013/I, S. 3786), das Gesetz über den Rechtsschutz bei überlangen Gerichtsverfahren und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren vom 24.11.2011 (BGBl. 2011/I S. 2302) und das Gesetz über die Medienöffentlichkeit in Gerichtsverfahren vom 19.10.2017 (BGBl. 2017/I, S. 3546) Eingang in das Lehrbuch gefunden. Auch die Rechtsprechung ist auf neuestem Stand. Beispielhaft genannt sei hier etwa die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts zur Unzulässigkeit von Normenkontrollanträgen nach § 47 VwGO bei funktionslos gewordenen Normen oder das bedeutende Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Richter auf Zeit. Nicht zuletzt finden auch aktuelle Diskussionen wie jene zur Schutzschrift im Verwaltungsprozess besondere Beachtung.

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Besonders hervorzuheben ist die umfassende Behandlung von Digitalisierungsaspekten, die auch in der Verwaltungsgerichtsbarkeit nicht mehr wegzudenken sind und deren Bedeutung und Anwendungsfelder stetig wachsen. Viele neu in Kraft getretene Regelungen wie die Einführung der elektronischen Akte oder die Vorschriften zur elektronischen Kommunikation im Verwaltungsprozess haben in einem neuen, eigenen Kapitel die Bedeutung erlangt, die ihnen auch in der Praxis zukommt. Ein sorgfältiger Ausblick rundet das Kapitel unter Einbezug neuer Perspektiven wie etwa eine künftige digitale Gerichtsöffentlichkeit ab.

Gesetzgebung, Rechtsprechung und Literatur sind auf dem Stand vom 31.05.2018.

Danken möchte ich auch meinen wissenschaftlichen Mitarbeitern für ihre Unterstützung bei der Aktualisierung dieses Werkes. Ebenso gilt mein Dank dem Beck Verlag und insbesondere der Lektorin, Frau Ursula Hasenkopf, für die stets sehr angenehme Zusammenarbeit.

Passau, im Juli 2018 *Dirk Heckmann*

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis XIX
Literaturverzeichnis XXIII

1. Teil. Aufgaben und Entwicklung der Verwaltungsgerichtsbarkeit

§ 1. Begriff, Ziele und Aufgaben der Verwaltungsgerichtsbarkeit . . 1
1. Begriff der Verwaltungsgerichtsbarkeit 1
2. Verfahrensziele im Verwaltungsprozess 1
   a) Rechtsschutz (Art. 19 Abs. 4 GG) 2
   b) Kontrolle der Exekutive 4
   c) Fortbildung des Verwaltungsrechts 5
   d) Rechtsfrieden 6
   e) Prozessökonomie 7
3. Anlass und Ablauf des Verwaltungsrechtsstreits 8
   a) Die Rechtsschutzfunktion des Verwaltungsverfahrens 8
   b) Das Erkenntnisverfahren 9
   c) Das Vollstreckungsverfahren 10
   d) Die vorläufige Sicherung von Rechten 10
4. Zum Verhältnis von Verwaltung und Verwaltungsgerichtsbarkeit 11
   a) Umfassende verwaltungsgerichtliche Kontrolle als Verfassungsgebot . . . 12
   b) Gerichtlich nicht überprüfbarer Planungs-, Entscheidungs- und Gestaltungsspielraum der Verwaltung 14
   c) Zusammenfassende Würdigung 16

§ 2. Zur historischen Entwicklung der Verwaltungsgerichtsbarkeit 17
1. Zum Verwaltungsrechtsschutz im Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation 17
2. Die Entwicklung im 19. Jahrhundert 18
   a) Administrativjustiz in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts 19
   b) Einführung unabhängiger Verwaltungsgerichte seit 1863 19
3. Die Verwaltungsgerichtsbarkeit in der Weimarer Zeit 22
4. Zur Rolle der Verwaltungsgerichtsbarkeit im Dritten Reich 22
5. Die Entwicklung der Verwaltungsgerichtsbarkeit nach 1945 23
   a) Die Situation in den Besatzungszonen 24
   b) Die Demontage der Verwaltungsgerichtsbarkeit in der DDR 24
   c) Die weitere Entwicklung in der Bundesrepublik 25
6. Die Entwicklung des Verwaltungsprozessrechts im Spannungsfeld von Wissenschaft und Praxis 27

§ 3. Die Reformdiskussion 29
1. Verfahrensrecht 29
2. Mediation 30
3. New Public Management, Ressourcenverantwortung und Funktionsfähigkeit der Gerichtsbarkeit 32

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

§ 4. Europäisierung des Verwaltungsprozessrechts 33
1. Bindung an die supranationalen und an die nationalen Grundrechte 36
2. Erweiterung der Klagebefugnis 37
3. Begrenzung von Klagefristen und Bestandskraft 40
4. Begrenzung des einstweiligen Rechtsschutzes 41
5. Ausblick 43

§ 5. Zur europäischen Verwaltungsgerichtsbarkeit 43
1. Das Vorabentscheidungsverfahren 44
2. Klagearten gegen Hoheitsakte der Europäischen Union 45
a) Die Nichtigkeitsklage nach Art. 263 AEUV 45
b) Weitere Klagearten 47
3. Die Gerichtsorganisation 47
4. Die Bedeutung der EMRK für das Verwaltungsprozessrecht 48

§ 6. Digitalisierung in der Verwaltungsgerichtsbarkeit 51
1. Digitalisierung als Herausforderung für Staat, Wirtschaft und Gesellschaft 51
2. Digitalisierung der Justiz ("E-Justice-Gesetz") 52
3. Digitalisierung der Verwaltungsgerichtsbarkeit 53
a) Elektronische Klageerhebung 53
b) Elektronische Aktenführung 54
c) Elektronische Akteneinsicht 55
d) Einsatz technischer Mittel in der mündlichen Verhandlung 56
e) Digitale Gerichtsöffentlichkeit de lege ferenda 56
4. Ausblick 58

2. Teil. Gerichtsverfassung

§ 7. Zum Begriff Gerichtsverfassung 59

§ 8. Verfassungsrechtliche Vorgaben für die Verwaltungsgerichtsbarkeit 60
1. Verwaltungsgerichte und Verwaltungsrichter 60
a) Verwaltungsgerichte 60
b) Richter an den Verwaltungsgerichten 60
2. Die justitiellen Grundrechte im (verwaltungs-)gerichtlichen Verfahren . . . 61
a) Gebot effektiven Rechtsschutzes nach Art. 19 Abs. 4 GG 61
b) Gebot des gesetzlichen Richters nach Art. 101 Abs. 1 S. 2 GG 61
c) Gebot rechtlichen Gehörs nach Art. 103 Abs. 1 GG 61
aa) Die verwaltungsprozessualen Regelungen des rechtlichen Gehörs . . 62
bb) Die Anhörungsrüge gem. § 152a VwGO 63

§ 9. Gerichtsverfassungsrechtliche Regelungen der VwGO 64
1. Aufbau der Verwaltungsgerichtsbarkeit 64
2. Organisation der Verwaltungsgerichte 64
3. Rechtsstellung der Verwaltungsrichter 67
4. Vorlagepflichten 68
a) an die Großen Senate nach §§ 11, 12 VwGO 69
b) an den Gemeinsamen Senat nach § 2 Abs. 1 des Gesetzes zur Wahrung der Einheitlichkeit der Rechtsprechung der obersten Gerichtshöfe des Bundes 70

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

c) an das BVerfG nach Art. 100 Abs. 1 GG 70
d) an den Europäischen Gerichtshof nach Art. 267 AEUV 71
5. Vertreter des öffentlichen Interesses 73

3. Teil. Gemeinsame Sachurteilsvoraussetzungen der Klagearten

§ 10. Deutsche Gerichtsbarkeit und internationale Zuständigkeit . . . 75

§ 11. Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges 77
1. Öffentlich-rechtliche Streitigkeit 77
a) Klagen aus Verträgen sowie aus GoA 80
b) Klagen gegen Immissionen von Hoheitsträgern 84
c) Klagen auf Widerruf bzw. Unterlassung ehrkränkender Äußerungen oder von Informationen der Öffentlichkeit 85
d) Klagen gegen Hausverbote 87
e) Klagen aus dem Subventionsverhältnis 88
f) Klagen auf Benutzung öffentlicher Einrichtungen 89
g) Klagen gegen wirtschaftliche Betätigung des Staates 91
h) Klagen auf Information 92
i) Aufrechnung mit rechtswegfremder Forderung 93
j) Klagen in Kirchenangelegenheiten 94
2. Streitigkeit nichtverfassungsrechtlicher Art 95
3. Zuweisung der Streitigkeit an einen anderen Gerichtszweig 96
a) Zuweisung an einen anderen Gerichtszweig nach § 40 Abs. 1 VwGO . . 97
aa) Die gesetzlichen Regelungen 97
bb) Rechtswegprobleme bei Maßnahmen der Polizei 97
b) Rechtswegzuweisung nach § 40 Abs. 2 S. 1 VwGO 102
aa) Ansprüche aus Aufopferung 103
bb) Ansprüche aus öffentlich-rechtlicher Verwahrung 104
cc) Schadensersatzansprüche aus der Verletzung nicht vertraglich begründeter öffentlich-rechtlicher Pflichten 104
dd) Unterschiedliche Rechtswege bei Schadensersatzansprüchen aus einem einheitlichen Schuldverhältnis 105
c) Rechtswegverweisung nach § 40 Abs. 2 S. 2 VwGO 106
d) Entscheidungen in Rechtswegstreitigkeiten und Konzentration der Entscheidung über den Streitgegenstand 106
aa) Das Verfahren 107
bb) Konzentration der Entscheidung nach § 17 Abs. 2 GVG 108
4. Exkurs zu den nichtjustitiablen Hoheitsakten 109
a) Rechtsschutzausschluss durch das Grundgesetz 109
b) Zum Rechtsschutz gegen Akte im Bereich der Staatsleitung 110
c) Zum Rechtsschutz im Bereich des Gnadenrechts 110

§ 12. Sachliche und örtliche Zuständigkeit 111
1. Sachliche und instanzielle Zuständigkeit 111
2. Örtliche Zuständigkeit 112
3. Bestimmung der sachlichen und örtlichen Zuständigkeit durch entsprechende Anwendung der Regeln über den Rechtsweg 112

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

§ 13. Verfahrensbeteiligte und ihre Beteiligtenfähigkeit 113

§ 14. Prozessfähigkeit, Prozessvertretung und Postulationsfähigkeit 115

§ 15. Exkurs zur Beiladung 116
1. Zwecke der Beiladung 116
2. Beiladungsbeschluss des Gerichts 116
3. Einfache Beiladung 117
4. Notwendige Beiladung 117
5. Konsequenzen einer nicht erfolgten einfachen oder notwendigen Beiladung 118
6. Die prozessualen Rechte der Beigeladenen 119

§ 16. Objektive Klagehäufung und Streitgenossenschaft 119
1. Die objektive Klagehäufung 119
2. Die Streitgenossenschaft 120

§ 17. Ordnungsgemäße Klageerhebung 121

§ 18. Keine rechtskräftige Entscheidung oder anderweitige Rechtshängigkeit 123
1. Zur Bestimmung der materiellen Rechtskraft durch den Streitgegenstand 123
2. Zu den Folgen anderweitiger Rechtshängigkeit 126

§ 19. Kein Klageverzicht 126

§ 20. Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis 127
1. Rechtsmissbräuchliche Klageerhebung 127
2. Keine Erforderlichkeit des angestrebten Rechtsschutzes 128
3. Nutzlosigkeit des angestrebten Rechtsschutzes 128
4. Verwirkung des Klagerechts durch Untätigbleiben und Zeitablauf 129
5. Ausschluss des Rechtsschutzbedürfnisses durch § 44a VwGO 129

4. Teil. Die Klagearten mit ihren besonderen Sachurteilsvoraussetzungen

§ 21. Anfechtungsklage 133
1. Statthafte Klageart 133
   a) Zur Aufhebung von Verwaltungsakten 133
   b) Zur „Kassation" des von nichtigen Verwaltungsakten ausgehenden Rechtsscheins 134
2. Klagebefugnis 135
   a) Allgemeine Anforderungen 136
      aa) Ausschluss von Popularklagen 136
      bb) Möglichkeit einer Rechtsverletzung 136
      cc) Subjektiv-öffentliches Recht und Schutznormtheorie 137
      dd) Adressatentheorie 139
   b) Klagebefugnis bei Nachbarklagen 139
      aa) Baurechtliche Nachbarklagen 140
      bb) Klagen gegen Planfeststellungsbeschlüsse 143
      cc) Immissionsschutzrechtliche Nachbarklagen 146
   c) Klagebefugnis bei Konkurrentenklagen 146

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

aa) Klagebefugnis bei Konzessionen nach dem Personenbeförderungsgesetz . . . 147
bb) Exkurs zur Klagebefugnis gegen die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden und der öffentlichen Hand . . . 147
cc) Klagebefugnis im Subventionsbereich . . . 149
d) Ausschluss der Klagebefugnis durch Präklusionsregelungen . . . 149
e) Ausnahmen vom Erfordernis der Klagebefugnis . . . 150
3. Widerspruchsverfahren (Anfechtungswiderspruch) . . . 151
a) Als Sachurteilsvoraussetzung . . . 151
b) Form und Frist . . . 151
aa) Form des Widerspruchs . . . 151
bb) Widerspruchsfrist . . . 152
cc) Zur Disposition der Widerspruchsbehörde über die Wahrung der Widerspruchsfrist . . . 153
dd) Zum Lauf der Widerspruchsfrist bei Nachbarwidersprüchen . . . 154
ee) Untätigkeitsklage bei Nichtentscheidung über den Anfechtungswiderspruch . . . 155
4. Klagefrist . . . 155
5. Gegenstand der Anfechtungsklage . . . 156
a) Regelfall . . . 156
b) Widerspruchsbescheid als Gegenstand der Anfechtungsklage . . . 156
6. Begründetheit . . . 157
a) Rechtsverletzung durch Verstoß gegen Verfahrensvorschriften . . . 158
b) Ausschluss des Aufhebungsanspruchs . . . 159
c) Rechtsverletzung bei Verstoß gegen drittschützende Normen . . . 159
d) Kassatorische Wirkung eines Anfechtungsurteils bei einem nichtigen Verwaltungsakt . . . 159
7. Besondere Formen und Inhalte von Anfechtungsurteilen . . . 160
a) Verbindung von kassatorischem und Leistungsurteil . . . 160
b) Abänderungs- und Ersetzungsbefugnis . . . 160
c) Aufhebung des Verwaltungsaktes ohne Entscheidung in der Sache . . . 160

§ 22. Verpflichtungsklage . . . 162
1. Statthafte Klageart . . . 162
a) Statthafte Klageart bei Nebenbestimmungen zu Verwaltungsakten . . . 163
b) Zulässigkeit einer isolierten Anfechtungsklage statt einer Verpflichtungsklage . . . 165
c) Verpflichtungsklage bei der Konkurrentengleichstellungs- und verdrängenden Konkurrentenklage . . . 166
2. Klagebefugnis . . . 167
a) Bei Ermessensentscheidungen . . . 167
b) Bei Klagen auf baurechtliches Einschreiten . . . 168
3. Widerspruchsverfahren (Verpflichtungswiderspruch) . . . 169
4. Klagefrist . . . 170
5. Besondere Voraussetzungen der Untätigkeitsklage . . . 170
6. Begründetheit . . . 170

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

§ 23. Exkurs: Widerspruchsverfahren ... 172
1. Regelung ... 172
2. Ziele ... 173
3. Ausnahmen vom Erfordernis eines Widerspruchsverfahrens ... 174
4. Widerspruchsbehörde ... 175
5. Zulässigkeit des Widerspruchs ... 176
a) Statthaftigkeit des Widerspruchs ... 176
b) Widerspruchsbefugnis ... 177
c) Form und Frist ... 177
d) Abhilfeverfahren ... 177
e) Entscheidung über den Widerspruch ... 177
f) Fehlerhafter Widerspruchsbescheid ... 179
6. Zulässigkeit der reformatio in peius im Widerspruchsverfahren ... 179

§ 24. Allgemeine Leistungsklage ... 183
1. Anwendungsbereich der allgemeinen Leistungsklage ... 184
a) Ansprüche auf Realakte in einem engeren Sinn ... 184
b) Ansprüche auf öffentlich-rechtliche Willens- und Wissenserklärungen 185
c) Ansprüche auf Folgenbeseitigung ... 186
d) Unterlassungsansprüche ... 187
e) Normenerlassansprüche ... 187
f) Bürgerverurteilungsklage ... 187
2. Besondere Sachurteilsvoraussetzungen der allgemeinen Leistungsklage ... 188
a) Klagebefugnis (§ 42 Abs. 2 VwGO analog) ... 188
b) Kein Vorverfahren ... 188
c) Keine Klagefrist ... 188
d) Vorheriger Antrag bei der Behörde als Voraussetzung für das allgemeine Rechtsschutzbedürfnis ... 189
3. Begründetheit ... 189

§ 25. Feststellungsklage ... 189
1. Anwendungsbereich der Feststellungsklage ... 189
2. Statthaftigkeit ... 190
a) Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens eines Rechtsverhältnisses ... 190
b) Feststellung der Nichtigkeit eines Verwaltungsaktes ... 193
c) Subsidiarität ... 194
3. Besondere Sachurteilsvoraussetzungen ... 196
a) Feststellungsinteresse ... 196
b) Zur analogen Anwendung des § 42 Abs. 2 VwGO auf die Feststellungsklage ... 199
4. Begründetheit ... 200
a) Passivlegitimation ... 200
b) Bestehen bzw. Nichtbestehen des Rechtsverhältnisses (bzw. Nichtigkeit des Verwaltungsaktes) ... 200
c) Beweislast ... 200

§ 26. Normenkontrollverfahren ... 201
1. Begriff und Funktion ... 201

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

2. Exkurs zu anderweitigem Rechtsschutz gegen Rechtsnormen 203
a) Die Inzidentkontrolle 203
b) Die Feststellungsklage 204
3. Besondere Sachentscheidungsvoraussetzungen 205
a) Eröffnung des Verwaltungsrechtsweges 205
b) Statthafter Antragsgegenstand 205
aa) Die bauplanungsrechtlichen Normen des § 47 Abs. 1 Nr. 1 VwGO 205
bb) Die anderen im Range unter dem Landesgesetz stehenden Rechtsvorschriften des § 47 Abs. 1 Nr. 2 VwGO 206
c) Zeitpunkt 209
d) Antrag und Antragsbefugnis 210
aa) der natürlichen und juristischen Personen 211
bb) der Behörden 215
e) Exkurs zur Beiladung 216
f) Rechtsschutzbedürfnis 217
4. Vorbehaltsklausel zugunsten der Landesverfassungsgerichtsbarkeit 217
5. Begründetheit des Normenkontrollantrags 218
a) Antragsgegner 218
b) Prüfungsumfang und Prüfungsmaßstab 218
aa) Prüfungsumfang 218
bb) Prüfungsmaßstab 219
cc) Teilunwirksamkeit 220
6. Entscheidungsmöglichkeiten und Rechtskraft 221
7. Entscheidungswirkungen 222
8. Rechtsmittel 222
9. Normenkontrollverfahren als Rechtsweg i. S. v. § 90 Abs. 2 BVerfGG 223
10. Vorläufiger Rechtsschutz 223

5. Teil. Vorbeugender und vorläufiger Rechtsschutz 226

§ 27. Der vorbeugende Rechtsschutz
1. Vorbeugende Unterlassungsklage oder vorbeugende Feststellungsklage? . . . 229
2. Die vorbeugende Unterlassungsklage 229
a) Widerspruchsverfahren, Klagefrist 230
b) Klagebefugnis nach § 42 Abs. 2 VwGO analog 230
c) Rechtsschutzbedürfnis 230
aa) Verhinderung vollendeter Tatsachen und des Eintritts irreparabler Schäden 230
bb) Vermeidung von Sanktionen 231
cc) Vielzahl drohender Einzelmaßnahmen 231
3. Vorbeugende Feststellungsklage 232
a) Widerspruchsverfahren, Klagefrist 232
b) Rechtsverhältnis 232
c) Berechtigtes Interesse 232
d) Klagebefugnis nach § 42 Abs. 2 VwGO analog 233
e) Subsidiarität 233
4. Besonderheiten einer auf den Erlass eines Verwaltungsaktes gerichteten vorbeugenden Klage 233

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

§ 28. Der vorläufige Rechtsschutz 233
1. Die aufschiebende Wirkung von Widerspruch und Anfechtungsklage und deren Durchsetzung (§§ 80, 80a VwGO) 234
a) Zeitpunkt des Eintritts und des Endes der aufschiebenden Wirkung . . 235
b) Zur Zulässigkeit des Rechtsbehelfs als Voraussetzung des Eintritts der aufschiebenden Wirkung 235
c) Folgen der aufschiebenden Wirkung 236
d) Erweiterung der aufschiebenden Wirkung auf Verwaltungsakte mit Doppelwirkung 238
aa) Aufschiebende Wirkung von Widerspruch bzw. Klage des Dritten 238
bb) Keine aufschiebende Wirkung von Widerspruch bzw. Klage des Dritten 239
cc) Die den Adressaten belastenden und einen Dritten begünstigenden Verwaltungsakte 239
e) Ausschluss des Suspensiveffekts durch § 80 Abs. 2 VwGO 239
aa) § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 VwGO 240
bb) § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 VwGO 240
cc) § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 VwGO 241
dd) § 80 Abs. 2 S. 1 Nr. 4, Abs. 3 VwGO 241
f) Aussetzung der Vollziehung nach § 80 Abs. 4 VwGO 244
g) Gerichtlicher vorläufiger Rechtsschutz nach § 80 Abs. 5 VwGO 244
aa) Überblick über die Ziele des vorläufigen Rechtsschutzes 245
bb) Zur Statthaftigkeit eines „Hängebeschlusses“ 246
cc) Sachentscheidungsvoraussetzungen eines Antrages nach § 80 Abs. 5 VwGO 247
dd) Begründetheit eines Antrags nach § 80 Abs. 5 VwGO 248
h) Änderungsverfahren nach § 80 Abs. 7 VwGO 250
i) Beschwerde gegen Entscheidungen nach § 80 Abs. 5 VwGO 251
j) Schutzschrift 252
2. Die einstweilige Anordnung nach § 123 VwGO 253
a) Abgrenzung von Sicherungs- und Regelungsanordnung 254
b) Sachentscheidungsvoraussetzungen eines Antrags auf Erlass einer einstweiligen Anordnung 255
c) Begründetheit eines Antrags auf Erlass einer einstweiligen Anordnung 256
aa) Glaubhaftmachung des Anordnungsanspruchs 256
bb) Glaubhaftmachung des Anordnungsgrundes 256
cc) Die Abwägungsentscheidung 256
dd) Keine Vorwegnahme der Hauptsacheentscheidung 257
ee) Gebundene Entscheidung des Gerichts 258
d) Ersatzansprüche 258

6. Teil. Das verwaltungsgerichtliche Verfahren

§ 29. Die Verfahrensgrundsätze 261
1. Verfassungsrechtlichen Vorgaben 261
2. Prozessgrundsätze 261
a) Grundsatz der Öffentlichkeit des Verfahrens 261
b) Grundsatz der Mündlichkeit 262

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

c) Grundsatz der Unmittelbarkeit 263
d) Untersuchungsgrundsatz 263
e) Verfügungsgrundsatz 264
f) Konzentrationsgrundsatz 265

§ 30. Beweismittel und Beweislast 265
1. Beweismittel im Verwaltungsprozess 265
2. Beweislast 267
3. Beweiswürdigung 269

§ 31. Klageänderung 269

§ 32. Aussetzung des Verfahrens 271

7. Teil. Die Beendigung des Verfahrens

§ 33. Urteil 272
1. Die Arten verwaltungsgerichtlicher Urteile 272
a) Unterscheidung zwischen Prozess- und Sachurteil 272
b) Weitere Unterscheidungen 272
2. Form und Inhalt des Urteils 273
a) Allgemeine Anforderungen 274
b) Begründungspflicht 274
3. Verkündung und Zustellung des Urteils 274
4. Allgemeine Probleme der Begründetheitsprüfung 275
a) Passivlegitimation 275
aa) als Element der Begründetheitsprüfung 275
bb) Einzelfragen 276
b) Maßgeblicher Zeitpunkt für die Beurteilung der Sach- und Rechtslage . 279
aa) Allgemeine Grundsätze 279
bb) Zur Unterscheidung nach Klagearten 280
c) Nachschieben von Gründen im Verwaltungsprozess 282
d) Umdeutung von Verwaltungsakten im Verwaltungsprozess 284
5. Rechtskraft 285

§ 34. Gerichtsbescheid 285

§ 35. Streitentscheidender Beschluss 286

§ 36. Beendigung des Verfahrens ohne Sachentscheidung 286
1. Übereinstimmende Erledigungserklärung 286
2. Klagerücknahme 286
3. Prozessvergleich 287

8. Teil. Sonderprobleme

§ 37. Erledigung der Hauptsache 289
1. Gerichtliche Entscheidung bei Erledigung des Rechtsstreits in der Hauptsache 290
a) Übereinstimmende Erledigungserklärungen 290
b) Erledigungsfeststellungsrechtsstreit 290

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

2. Die Fortsetzungsfeststellungsklage nach § 113 Abs. 1 S. 4 VwGO 292
a) Statthafte Klageart 294
aa) Erledigung des Verwaltungsaktes nach Klageerhebung 294
bb) Erledigung des Verwaltungsaktes vor Klageerhebung 294
cc) Keine Erweiterung auf erledigte Realakte 295
dd) Analoge Anwendung auf erledigte Verpflichtungsbegehren 295
ee) Erledigungsantrag des Beklagten nicht statthaft 296
b) Erfordernis des Vorverfahrens und Einhaltung der Widerspruchsfrist . . 296
c) Klagebefugnis 298
d) Feststellungsinteresse 298
aa) Wiederholungsgefahr 298
bb) Rehabilitierungsinteresse 299
cc) Grundrechtseingriffe 299
dd) Präjudizwirkung für einen zivilrechtlichen Schadensersatzprozess . . 300
e) Klagefrist 301
f) Begründetheit 302

§ 38. Organschaftliche Streitverfahren 303
1. Begriff und Statthaftigkeit 303
2. Sachurteilsvoraussetzungen 305
a) Zulässigkeit des Verwaltungsrechtsweges (§ 40 Abs. 1 S. 1 VwGO) 305
b) Beteiligtenfähigkeit (§ 61 VwGO) 305
c) Statthafte Klageart 306
aa) Klageart und Klagebegehren 306
bb) Bestimmung der Klageart in besonderen Fällen 307
d) Klagebefugnis nach § 42 Abs. 2 VwGO analog 309
e) Feststellungsinteresse bei der Feststellungsklage 311
f) Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis 311
g) Klagegegner 311
h) Kostentragung 312
3. Vorläufiger Rechtsschutz 312

§ 39. Normenerlass- und Normenergänzungsklage 313
1. Begriff und Funktion 313
2. Anspruch auf Normenerlass bzw. auf Normenergänzung 314
a) gegenüber dem Parlament 314
b) gegenüber der Verwaltung 314
3. Sachurteilsvoraussetzungen 316
a) Rechtsweg (§ 40 Abs. 1 S. 1 VwGO) 316
b) Klageart 317
aa) Normenkontrollverfahren gem. § 47 VwGO 317
bb) Allgemeine Leistungsklage 318
cc) Feststellungsklage gem. § 43 VwGO 319
c) Klagebefugnis 319
d) Sachliche Zuständigkeit in Analogie zu § 47 VwGO? 320
4. Begründetheit 320
5. Zur Statthaftigkeit einer Normenunterlassungsklage 321

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

9. Teil. Rechtsmittel, Rechtsbehelfe und Wiederaufnahme des Verfahrens

§ 40. Begriffliche Abgrenzungen und allgemeine Prinzipien 323
1. Begriff des Rechtsbehelfs 323
a) Allgemeine Rechtsbehelfe gegen gerichtliche Entscheidungen 323
aa) Anhörungsrüge gem. § 152a VwGO 323
bb) Erinnerung gem. § 151 VwGO 323
cc) Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand nach § 60 VwGO 323
dd) Antrag auf Tatbestandsberichtigung oder auf Urteilsergänzung nach den §§ 119, 120 VwGO 324
ee) Antrag auf mündliche Verhandlung gegen einen Gerichtsbescheid nach § 84 Abs. 2 Nr. 2, 4, 5 VwGO 324
b) Rechtsmittel 324
2. Beschwer des Rechtsmittelführers 325
3. Rechtsmittel gegen formell inkorrekte Entscheidungen 325
4. Rechtsmittelverzicht 326
5. Verbot der reformatio in peius 327
6. Anschlussrechtsmittel 327

§ 41. Berufung 327
1. Statthaftigkeit 328
2. Form und Frist 329
3. Berufungsverfahren 329
4. Entscheidung des Berufungsgerichts 330

§ 42. Revision 330
1. Statthaftigkeit 330
2. Form und Frist 330
3. Das Revisionsverfahren 330
4. Die Entscheidung 332

§ 43. Beschwerde 332
1. Statthaftigkeit 332
2. Form und Frist 332

§ 44. Wiederaufnahme des Verfahrens 333

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

10. Teil. Vollstreckung

§ 45. Die Vollstreckung aus verwaltungsgerichtlichen Titeln 335
1. Allgemeine Vollstreckungsvoraussetzungen 335
a) Die verwaltungsgerichtlichen Vollstreckungstitel 335
b) Vollstreckungsklausel 336
c) Zustellung des Vollstreckungstitels und der Vollstreckungsklausel 337
2. Vollstreckungsgericht 337
3. Die Vollstreckung gegen die öffentliche Hand 338
a) Vollstreckung wegen Geldforderungen 338

b) Vollstreckung bei der Verpflichtung zum Erlass von Verwaltungsakten nach § 172 VwGO 339
c) Nicht in den §§ 170, 172 VwGO geregelte Fälle 340
4. Die Vollstreckung durch die öffentliche Hand 341
5. Die Vollstreckungsgegenklage und die Widerspruchsklage 342

§ 46. Die Vollstreckung aus Verwaltungsakten 342
1. Das Beitreibungsverfahren 343
a) Vollstreckungsvoraussetzungen 343
aa) Leistungsbescheid 343
bb) Vollstreckungsanordnung 344
b) Die anzuwendenden Vollstreckungsvorschriften 345
c) Zur Zulässigkeit eines Beitreibungsverfahrens gegen juristische Personen des öffentlichen Rechts 346
d) Rechtsbehelfe bei der Verwaltungsvollstreckung wegen Geldforderungen 346
aa) gegen den Leistungsbescheid 346
bb) gegen die Vollstreckungsmaßnahmen 346
2. Das Verwaltungszwangsverfahren 347
a) Vollstreckungsbehörden 347
b) Vollstreckungsvoraussetzungen 347
aa) Vollstreckbarer Verwaltungsakt 347
bb) Unanfechtbarkeit der Grundverfügung, Anordnung der sofortigen Vollziehung oder Fehlen der aufschiebenden Wirkung von Rechtsbehelfen 348
c) Androhung, Festsetzung und Anwendung der Zwangsmittel 348
aa) Androhung (§ 13 VwVG) 348
bb) Festsetzung von Zwangsmitteln 350
cc) Anwendung von Zwangsmitteln 351
dd) Unmittelbare Ausführung von Vollstreckungsmaßnahmen 352
d) Die Zwangsmittel 353
aa) Ersatzvornahme 353
bb) Zwangsgeld 354
cc) Unmittelbarer Zwang 354
dd) Zwangshaft 355
ee) Bedeutung des Verhältnismäßigkeitsprinzips 355
e) Rechtmäßigkeit der Grundverfügung als Rechtmäßigkeitsvoraussetzung von Vollstreckungsmaßnahmen? 356
f) Vollstreckungsschutz bei Einwendungen gegen den bestandskräftigen Grundverwaltungsakt 357

§ 47. Vollstreckung aus öffentlich-rechtlichen Verträgen 360
1. Vollstreckung aus koordinationsrechtlichen Verträgen 360
2. Vollstreckung aus subordinationsrechtlichen Verträgen 360

Stichwortverzeichnis 361

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG